

Corona-bedingten Strukturwandel inklusiv gestalten!

Positionspapier der Deutschen Gesellschaft der Hörbehinderten
– Selbsthilfe und Fachverbände e.V.

14. Oktober 2020

Vorbemerkung

Die Deutsche Gesellschaft der Hörbehinderten – Selbsthilfe und Fachverbände e.V. (im Folgenden kurz „DG“) setzt sich als Dachverband seit vielen Jahren für den Auf- und Ausbau inklusiver Strukturen für Menschen mit Hörbehinderungen sowie deren grundsätzlich gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Das Gehör prägt als elementares Element lautsprachlicher Kommunikation weite Teile der Gesellschaft und ihres Lebensraumes. Hören ist wesentliche Voraussetzung für soziale Interaktion und hat zudem über Kommunikation hinaus wichtige Orientierungs- und Alarmierungsfunktionen. Keine oder nur eine eingeschränkte Möglichkeit zur Wahrnehmung von Sprache und Geräuschen führt daher zu der hohen Wahrscheinlichkeit, Einschränkungen in der gesellschaftlichen Teilhabe zu erleben.

Aktuelle Probleme und Chancen in der Pandemie

Die Maßnahmen von Bund und Ländern haben unsere Arbeits- und Lebensbedingungen umfassend und nachhaltig beeinflusst. Die – während über den Sommer anhaltend niedrige - Zahl an Neuinfektionen und Todesfällen spricht für die Strategie der Bundesregierung und wirft im internationalen Vergleich ein positives Licht auf Deutschland. Besonders Menschen mit Hörbehinderungen waren und sind durch einen Teil der Maßnahmen aber mit Herausforderungen konfrontiert, die sie im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung erheblich in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränken.

Einige anfängliche Hürden – mangels untertitelter und/oder in Deutsche Gebärdensprache (im Folgenden kurz: „DGS“) gedolmetschter Informationsangebote – wurden bereits in Teilen überwunden. Für die kurzfristige Verlagerung von Arbeit, Studium oder Seminaren und Fortbildungen per Videokonferenz ins Homeoffice fehlen aber oft noch das Wissen oder die technischen Voraussetzungen der Verantwortlichen, um Online-Veranstaltungen auch für Menschen mit Hörbehinderungen barrierefrei zu gestalten. Nach der bisherigen Erprobungsphase neuer digitaler Strukturen ist es jetzt an der Zeit, Konzepte für barrierefreie Angebotsformate in der Arbeit, Lehre oder Gremienarbeit bereitzustellen. Dazu gehört unter anderem die Schulung verantwortlicher Personen sowie der Einsatz von Schrift- und DGS-Dolmetscherinnen und -Dolmetschern, bevor sich ausgrenzende Strukturen etablieren und festigen.

Besonders die Maskenpflicht stellt auch nach Anpassung der Rechtslage nach wie vor eine Herausforderung in der alltäglichen Kommunikation für alle Menschen dar, die auf eine klare Aussprache oder das Mundbild ihres Gegenübers angewiesen sind. Dolmetschen in DGS und Deutsch ist zudem nur ohne getragenen Mund-Nase-Bedeckung möglich. Mit Verweis auf die Maskenpflicht oder ein erhöhtes Infektionsrisiko abgewiesene Dolmetscher*innen – beispielsweise im medizinischen Bereich – deuten auf weiterhin bestehendes Unwissen in Teilen der Gesellschaft hin. Auf diese Weise sind viele Menschen kommunikativ von einem Großteil des gesellschaftlichen Lebens abgeschnitten und verstärkt auf die Unterstützung durch ihre Mitmenschen und ihr soziales Umfeld angewiesen. Die DG sieht hier nach wie vor einen breiten Aufklärungsbedarf, da aktuelle Ausgrenzungen stärker auf die Unwissenheit innerhalb der Bevölkerung als auf eine problematische Rechtslage zurückzuführen sind.

Die DG hofft darüber hinaus, dass sich die Einsicht vieler öffentlicher Stellen, Untertitel und die Übersetzung in DGS verstärkt in Pressekonferenzen und weitere Informationsveranstaltungen einzubinden, etabliert und auf weitere Formate ausweiten wird.

Neben ökologischen Faktoren sollten sich zukünftige Konjunktur- und Fördermittel auch an der UN-BRK ausrichten und klare Kriterien für Inklusion und Barrierefreiheit zur Voraussetzung für den Erhalt staatlicher Mittel aufstellen.

Aufgrund der aktuell wieder steigenden Zahlen ist davon auszugehen, dass die geltenden Regelungen und Maßnahmen das gesellschaftliche Leben auch in den kommenden Monaten weiterhin prägen werden. Bund und Länder sollten daher bei der Planung weiterer Maßnahmen eng mit Verbänden der Selbsthilfe zusammenarbeiten, um gesellschaftlicher Benachteiligung bereits vorab zu vermeiden und eine größere gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Auf diese Weise haben Sie gerade in angespannten Zeiten wie heute die Chance, das Vertrauen in die Politik für die kommende Zeit zu prägen.